



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

20. September 2004

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Konrad H. Jarausch

Zeitgeschichte zwischen Nation und Europa

Eine transnationale Herausforderung

11 Ute Planert

**Nation und Nationalismus in der deutschen
Geschichte**

19 Antje Helmerich

**Ethnonationalismus und das politische
Potenzial nationalistischer Bewegungen**

25 Ulrich Schlie

**„Behausung des Menschen in einer
unbehausten Welt“**

Nation und Europa in der deutschen Geschichte

32 Thilo Ramm

Die Deutschen – eine Nation?



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung Adenauerallee 86 53113 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung **Das Parlament**, Frankenallee 71 – 81, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (0 69) 75 01-42 53, Telefax (0 69) 75 01-45 02, E-Mail: parlament@fsd.de, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage **Aus Politik und Zeitgeschichte**
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung **Das Parlament** einschließlich Beilage zum Preis von Euro 19,15 halbjährlich, Jahresvorzugspreis Euro 34,90 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von Euro 3,58 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung. Für Unterrichtszwecke dürfen Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Als im Mai 1945 das „großdeutsche“ Reich der Nationalsozialisten in Trümmern lag und Europa verwüstet war, schien in Deutschland die Idee des Nationalstaats für lange Zeit diskreditiert. Die staatliche Teilung beförderte im Westen im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre die Europabegeisterung. Manche sahen mit dem Niederreißen der Grenzpfähle das Zeitalter eines europäischen Bewusstseins anbrechen. Paris, London und Brüssel schienen näher und vertrauter als Rostock oder Leipzig.

■ Doch der Nationalismus als politische Kraft blieb auch in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ein geschichtsmächtiger Faktor. Die Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien beriefen sich auf ihre nationalen Traditionen, um die von den Kolonialherren willkürlich gezogenen Grenzen in Frage zu stellen und die Unabhängigkeit zu erlangen. Als vor 15 Jahren zuerst der Zwangskordon aus Satellitenstaaten und schließlich die Sowjetunion zusammenbrachen, waren nationale Symbole allgegenwärtig: im Baltikum, in den Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei, in Polen und auch in Ostdeutschland. Der demokratisch-emanzipatorische Ruf „Wir sind das Volk!“, der zum Sturz der SED-Herrschaft führte, wurde bald vom nationalen, die Vereinigung mit der Bundesrepublik vorwegnehmenden „Wir sind ein Volk!“ abgelöst. Die Idee der freien Nation wurde zum Motor der Neugestaltung Mittel- und Osteuropas.

■ Der Nationalismus hat in den vergangenen 250 Jahren unter völlig unterschiedlichen historischen Bedingungen seine Kraft bewiesen. Der Begriff „Nation“ hat dabei einen erheblichen Bedeutungswandel durchlaufen. Abgeleitet vom lateinischen *nasci* (geboren werden), wurden im Späten Mittelalter und in der Frühen Neuzeit ständische Vertretungen als *nationes* bezeichnet. Als *nation* bezeichneten sich auch die Generalstände in Frankreich. Das Selbstbewusstsein des „Dritten Standes“, die Nation

zu repräsentieren, führte zur Französischen Revolution. In der Folge breitete sich der moderne Nationsbegriff aus – in den Worten des französischen Religionswissenschaftlers Ernest Renan: die Nation als tägliches Plebiszit.

■ Wann schlägt Patriotismus in antidemokratischen Nationalismus um? Am Ende des 19. Jahrhunderts dienten nationalistische Vorstellungen zur Legitimierung des Imperialismus nach außen und zur Ausgrenzung demokratischer Strömungen nach innen. Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus griffen stark auf nationalistische Symbolik und Propaganda zurück, um ihre Herrschaft zu legitimieren. Die Balkankriege der neunziger Jahre waren grausame Belege dafür, wie rasch der Firnis der demokratischen Zivilisation durch nationalistische Strömungen hinweggefegt werden kann, die sich auf eine herausgehobene Ethnie berufen und die Minderwertigkeit anderer behaupten.

■ Bringt der Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung und massenhafter Migration ausreichend Integrationskraft auf, um die Stabilität von Gesellschaften zu gewährleisten? Der Historiker Eric J. Hobsbawm hat mit Recht darauf hingewiesen, dass die Legitimität der Nationalstaaten eine entscheidende Voraussetzung für Volksherrschaft ist. Das gilt auch im Europa der 25. In Deutschland, so jüngst Egon Bahr, hat die 1990 wiederhergestellte Einheit „den Urlaub von der Nation beendet. Nach 45 Jahren Pause gibt es den Sonderweg zur Übernationalität nicht mehr.“

■ Ob im 21. Jahrhundert an die Stelle national organisierter Staaten überstaatliche Gebilde oder eine Vielzahl von regionalen Einheiten treten werden, ist offen. Die im weltweiten „Kampf gegen den Terror“ offen zu Tage getretene Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen scheint eher für eine Renaissance des Nationalstaates zu sprechen.

Hans-Georg Golz



Nation und Nationalismus in der deutschen Geschichte

Wie kaum eine andere Macht haben der Nationalismus und seine Begleiterscheinungen in den letzten Jahrhunderten die Geschichte der europäischen und auch der außereuropäischen Welt geprägt. Bis sich die Nation als oberste Legitimationsinstanz politischen Handelns durchgesetzt hatte, bedurfte es jedoch einer langen historischen Entwicklung.

Nach einer einführenden Definition des modernen Nationalismus wird diese Entwicklung in der deutschen Geschichte seit den Anfängen des mittelalterlichen „*nationes*“-Bewusstseins skizziert. Anschließend zeige ich, dass zwar bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts alle wesentlichen Strukturmerkmale in den Kreisen der adlig-bürgerlichen Eliten zur Verfügung standen, sich das nationale Prinzip aber selbst in den Kriegen gegen Napoleon noch nicht in allen Bevölkerungsschichten durchsetzen konnte. Danach wird das Wechselspiel von Partizipation und Ausgrenzung als zentrales Kriterium des modernen Nationalismus bestimmt und diese Dialektik schließlich am Beispiel der nationalen Frauenbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert dargestellt.

Was ist Nationalismus?

Mustert man die Literatur nach den Kriterien, die der Bestimmung des „modernen Nationalismus“ zugrunde gelegt werden, kreisen die Definitionen trotz unterschiedlicher Akzentuierungen um ein zentrales Bündel von zwölf Merkmalen.¹

1 Die neuere Literatur zur Nationalismusforschung resümieren vorzüglich Dieter Langewiesche und Reinhard Stauber, auf deren Arbeiten hier anstelle eines umfassenden Literaturberichts verwiesen wird: Vgl. Dieter Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Neue politische Literatur, 40 (1995), S. 190–236; ders., „Nation“, „Nationalismus“, „Nationalstaat“ in der europäischen Geschichte seit dem Mittelalter – Versuch einer Bilanz, in: ders./Georg Schmidt (Hrsg.), Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000, S. 9–32;

Aus kulturalistischer Sicht wird Nationalismus 1. als ein System gedachter Ordnungen verstanden, das geeignet ist, Menschen zu Gruppen zu integrieren. 2. Die Abgrenzung gegenüber „anderen“ ist für den Nationalismus konstitutiv. Er ist eine Integrationsideologie, in der Inklusion und Exklusion einander bedingen. 3. Nationalismus beruft sich auf einen scheinbar überzeitlichen ethnischen Kern, den er jedoch selbst erst hervorbringt. Deswegen sind 4. nationale Mythologeme für seine Legitimation und Verbreitung von entscheidender Bedeutung. 5. Weiterhin ist die Konstruktion spezifischer Geschlechtsidentitäten dem Nationalismus inhärent.

Unter politischem Gesichtspunkt wird unter Nationalismus 6. ein säkulares Glaubenssystem verstanden, das als oberstes Legitimationsprinzip Anspruch auf Loyalität und Vorrang vor anderen Werten erhebt. Nationalismus bezieht sich 7. auf ein bestimmtes Territorium und tendiert dazu, die Grenzen von Nation und Staat zur Deckung zu bringen. 8. Zwischen Nationalismus und Krieg herrscht eine innige Wechselbeziehung. 9. Nationalismus enthält eine Teilhaberweibung und greift damit über bestehende politische Ordnungen hinaus. Unter Berufung auf den Nationalismus lassen sich Partizipationsansprüche anmelden. 10. Daher vermag Nationalismus Menschen zum Handeln zu bewegen.

Sozialgeschichtlich gesehen werden 11. nationale Vorstellungen zunächst von einer bestimmten, sozial abgrenzbaren Trägerschicht mit spezifischen Interessen artikuliert. Später zeichnen sich diese Vorstellungen 12. durch eine hinreichende Verbreitung aus und lassen sich dauerhaft über einen längeren Zeitraum hinweg beobachten. Zu dieser Ausdehnung muss ein Mindestmaß an strukturellen Voraussetzungen vorliegen – etwa ein gemeinsamer Kommunikations- und Wirtschaftsraum oder übergreifende Institutionen.

Reinhard Stauber, Nationalismus vor dem Nationalismus? Eine Bestandsaufnahme der Forschung zu „Nation“ und „Nationalismus“ in der Frühen Neuzeit, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 47 (1996), S. 139–165.

Vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert

Nationale Vorstellungen im Sinne einer gedachten Ordnung, die, zentriert um eine gentile oder dynastische Herrschaft, an ein bestimmtes Territorium gebunden ist, eine projektierte Gemeinschaft integrieren soll, als gemeinschaftsbildende Faktoren auf Mythen zurückgreift und damit eine Ethnie erst hervorbringt, sind offenkundig die älteste Schicht des komplexen Phänomens „Nationalismus“. Dieser Strang hat den Status einer notwendigen Bedingung und lässt sich bis ins Mittelalter zurückverfolgen. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand diente das *natio*-Prinzip der Binnendifferenzierung innerhalb einer weiterhin christlich-universalistischen Grundordnung. Es war das Bewusstsein einer gemeinsamen Zugehörigkeit, die gleichwohl in andere Ordnungssysteme eingelassen war, also mit und neben anderen Zuordnungen existierte.²

Wann genau dieses vieldeutige Modell von enger gefassten Vorstellungen abgelöst wurde, ist unter Mediävisten und Frühneuzeithistorikern umstritten.³ Einig ist man sich in der Forschung jedoch über einen Nationalisierungsschub am Übergang vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit, der mit dem Ende des Universalismus und dem Wirken der Humanisten in Verbindung gebracht wird.⁴ Dabei erfuhr das Konzept „Nation“ einen Funktionswandel: von der Binnen- zur „Exklusionsdifferenzierung“⁵. Das nationale Prinzip konnte jetzt als Oppositionsbegriff gegen die universale Herrschaft des Kaisers und des Papstes benutzt werden, um die eigenen Interessen zu integrieren.

Gleichzeitig lässt sich erstmals der Appell an eine „deutsche Nation“ als Instrument der politischen Propaganda in Krisen- oder Kriegssituationen nachweisen. Das galt vor allem im Zusammenhang mit den Türkenkriegen. Hier wurde zwar auch „pro Christo“ gefochten, gleichzeitig aber nicht Christ

und „Muselman“, sondern „deutsch“ versus „türkisch“ zu den entscheidenden Oppositionsbegriffen formiert und der Krieg somit nationalisiert.⁶ Freilich darf dabei nicht übersehen werden, dass im 16. und 17. Jahrhundert „deutsch“ mit „christlich“ weithin identisch war, die religiöse Abgrenzung also weiterhin eine bedeutende Rolle spielte.

Ebenfalls in den Jahrzehnten um 1500 nahmen die Humanisten im Rahmen eines intellektuellen Elitendiskurses eine „Historisierung des Eigenbewusstseins“⁷ vor, das nationale Vorstellungen auf ein geschichtliches Fundament stellte, nationale Mythen pflegte, nationale Stereotypen formulierte und mit der Gestaltung des Arminius-Stoffes den ersten männlich-kriegerischen Nationalhelden schuf.⁸ In diesem historischen Kontext erhielten die schon im Hochmittelalter bekannten Völkerstereotype eine neue Qualität: Aus der beschreibenden Feststellung einer scheinbaren ethnischen Eigenheit wurde ein nationales Vorurteil, das aus der schroffen Abgrenzung gegenüber anderen Formationen das eigene nationale Bewusstsein schöpfte.⁹ Gleichwohl war die „deutsche Nation“ weiterhin Teil anderer Identitätszuordnungen, deren Hierarchie noch nicht eindeutig auf die Superiorität des Nationalen festgelegt war.¹⁰ Außerdem blieb das intensiviert Nationalbewusstsein eine vorübergehende Konjunktur, die sich einerseits auf Propagandaanstrengungen in politischen Auseinandersetzungen und andererseits auf den elitären Nationendiskurs der Humanisten beschränkte.

Im weiteren Verlauf des 16. und 17. Jahrhunderts verschwand der Nationaldiskurs nicht, aber die nationale Zuordnungen traten hinter Prozessen der Territorialisierung und Konfessionalisierung zurück. Weiterhin markierte „deutsch“ zunächst

2 Vgl. Herfried Münkler, Einleitung, in: ders./Hans Grünberger/Kathrin Meyer (Hrsg.), Die Nationalisierung Europas im Diskurs humanistischer Intellektueller, Berlin 1998, S. 13–28; Joachim Ehlers, Mittelalterliche Voraussetzungen für nationale Identität in der Neuzeit, in: Bernhard Giesen (Hrsg.), Nationale und kulturelle Identität, Frankfurt/M. 1992, S. 77–99.

3 Vgl. dazu Benedykt Zientara, Frühzeit der europäischen Nationen: Die Entstehung von Nationalbewusstsein im nachkarolingischen Europa, Osnabrück 1997.

4 Vgl. Hans-Martin Blitz, Aus Liebe zum Vaterland. Die deutsche Nation im 18. Jahrhundert, Hamburg 2000, S. 29–40, und R. Stauber (Anm. 1), S. 142–145.

5 Vgl. H. Münkler (Anm. 2), S. 20.

6 Vgl. Dieter Mertens, Nation als Teilhabeverheißung: Reformation und Bauernkrieg, in: D. Langewiesche/G. Schmidt (Anm. 1), S. 115–134; R. Stauber (Anm. 1), S. 143 f.

7 So Bernd Schönemann, Volk – Nation – Nationalismus – Masse: Frühe Neuzeit und 19. Jahrhundert, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 281–380, hier S. 290.

8 Zur Konstruktion der deutschen Nation in den Schriften der Humanisten vgl. Wolfgang Hardtwig, Vom Elitebewusstsein zur Massenbewegung. Frühformen des Nationalismus in Deutschland 1500–1840, in: ders., Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914, Göttingen 1994, S. 34–54; Klaus Garber (Hrsg.), Nation und Literatur im Europa der Frühen Neuzeit, Tübingen 1989.

9 Vgl. Winfried Schulze, Die Entstehung des nationalen Vorurteils. Zur Kultur der Wahrnehmung fremder Nationen in der europäischen Frühen Neuzeit, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 46 (1995), S. 642–665; Ludwig Schmugge, Über „nationale“ Vorurteile im Mittelalter, in: Deutsches Archiv, 38 (1982), S. 439–459.

10 Vgl. D. Mertens (Anm. 6), S. 123.

vor allem einen Abgrenzungsbegriff gegenüber den „Welschen“ und den Osmanen. Im Schmalkaldischen und im Dreißigjährigen Krieg verband die evangelische Seite gezielt konfessionelle Politik mit der Beschwörung einer deutschen Abstammungsgemeinschaft. Trotz dieser instrumentellen Nationalisierung blieb jedoch die Konfliktkonstellation weiterhin religiös dominiert.

Dagegen wurden nationale Vorstellungen seit dem frühen 17. Jahrhundert in den Sprachgesellschaften und Tugendbünden gepflegt, die sich im Umkreis der Landesherrschaften entwickelten und vorwiegend von adligen und bürgerlichen Hofbeamten besucht wurden. Sie formulierten einen Tugendkanon, der sowohl die patriotische Verbesserung des jeweiligen Lebensumfeldes als auch die moralische Ausgestaltung einer deutschen Nationalkultur im deutschen Sprachraum umfasste. Mit diesen Vorstellungen war ein Superioritätsanspruch gegenüber anderen Sprachgemeinschaften verbunden. Als gesellige Vereinigungen griffen diese Assoziationen über den bisher verbalen Nationendiskurs hinaus. Aber ihr Nationalismus beschränkte sich auf kleine, überwiegend protestantische Zirkel, und selbst dort bewahrte bis weit in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts die Religion ihre primäre Zuständigkeit für den Sinnhorizont und die Handlungsmotive der Menschen.

Die allmähliche Überwindung der Spaltungen des Dreißigjährigen Krieges und das Ende der türkischen Bedrohung Mitteleuropas ließen die Notwendigkeit einer zwar reichsnational begriffenen, aber von christlichen Vorstellungen dominierten konfessionellen Allianz gegen einen religiös-ethnischen „Erbfeind“ verschwinden. An die Stelle der Türkenkriege rückte die Bedrohung des Reiches durch die Eroberungszüge Ludwigs XIV. und im Spanischen Erbfolgekrieg. Der christlich-muslimische Gegensatz wurde von der Frontstellung des habsburgisch dominierten Reiches gegen das ebenfalls katholische Frankreich abgelöst. Gleichzeitig beschränkte die Aufklärung die Wirkungsmächtigkeit christlicher Loyalitätsbeziehungen unter den Gebildeten und legte damit den Grundstein für eine allmähliche Sakralisierung des Nationalen. Die Appelle an die nationale Solidarität während der Kriege gegen Ludwig XIV. griffen vielfach auf publizistische Vorbilder aus dem Dreißigjährigen Krieg zurück und aktualisierten sie für den gegenwärtigen Bedarf. Auch im Spanischen Erbfolgekrieg betrieb der österreichische Hof eine intensive nationale Agitation.¹¹ Die publizistische

11 Vgl. Wolfgang Burgdorf, „Reichsnationalismus“ gegen „Territorialnationalismus“: Phasen der Intensivierung des

Nationalisierung erreichte eine bisher nicht gekannte Dimension, und auch der Arminius-Stoff wurde wieder aktuell. Schon hier entstand das – jetzt dynastisch definierte – Vaterland aus blutiger Schlacht.¹² In der Folgezeit führte der Machtzuwachs des Hauses Habsburg und die damit einhergehende Glorifizierung von Kaiser und Reich zu einem bisher ungekannten Aufschwung des Reichspatriotismus, ja zu einer regelrechten „Reichseuphorie“, die sich in einer intensiven „Reichspublizistik“ widerspiegelte.¹³

Freilich stellte der habsburgische Kaiser in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mehr und mehr dynastische Eigeninteressen in den Vordergrund. Auch das Fehlen eines äußeren Feindes begünstigte zeitweilig ein eher dynastisches denn nationales Reichsverständnis. Der gelehrte Stand richtete seine Loyalität, aber auch seine Ansprüche zunehmend an den aufstrebenden Fürstenresidenzen aus und entwickelte allmählich jene „Patriotismus“ genannte moralisch-politische Haltung, die sich in einem für das Deutsche Reich charakteristischen Föderalismus sowohl auf die übergeordnete Einheit des Reiches als auch auf den jeweiligen Territorialstaat beziehen konnte. Im Zuge des Ausbaus der Landesherrschaften zu modernen Staaten war damit jedoch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts vor allem das regionale Umfeld des Patrioten gemeint.¹⁴

Nationale Sattelzeit

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzten – unter Weiterführung bereits vorhandener In- und Exklusionsmechanismen – neue Entwicklungen ein, die es rechtfertigen, von einer „nationalen Sattelzeit“ zu sprechen und hier die Entstehungsphase des „modernen“ Nationalismus zu sehen.¹⁵ Die zeitlichen Eckpunkte bildeten die österreichischen

nationalen Bewußtseins in Deutschland seit dem Siebenjährigen Krieg, in: D. Langewiesche/G. Schmidt (Anm. 1), S. 157–190, hier S. 158.

12 Vgl. H.-M. Blitz (Anm. 4), S. 74–89.

13 Vgl. Karl Otmar von Aretin, Reichspatriotismus, in: Günter Birtsch (Hrsg.), Patriotismus, Hamburg 1991, S. 26–36.

14 Vgl. Christoph Priegnitz, Vaterlandsliebe und Freiheit. Deutscher Patriotismus von 1750 bis 1850, Wiesbaden 1981, und die Beiträge in: G. Birtsch (Anm. 13).

15 Vgl. Ute Planert, Wann beginnt der „moderne“ deutsche Nationalismus? Plädoyer für eine nationale Sattelzeit, in: Jörg Echternkamp/Sven O. Müller (Hrsg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen, 1760–1960, München 2002, S. 25–59.

Erbfolgekriege und insbesondere der Siebenjährige Krieg einerseits, die 1820er und 1830er Jahre vor der Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsraums und dem Anwachsen liberal-nationaler sowie demokratischer Bewegungen andererseits. Strukturelle Voraussetzung für den Aufschwung der patriotischen Diskussion in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war der Aus- und Umbau der spätabsolutistischen Dynastien zu modernen Staatswesen mit bürokratischer Rationalisierung, dem Versuch der Zurückschneidung kirchlichen Einflusses, einigen Agrar- und Militärreformen sowie einer überall zu beobachtenden Ausweitung des Beamtenapparats, dessen Angehörige neben den Gebildeten an den ebenfalls expandierenden Universitäten personell den Grundstock für die intensive publizistische und literarische Diskussion bildeten. Mit dem sozialstrukturellen Auf- und Ausbau des Bildungsbürgertums und des Reformadels ging eine „Leserevolution“ einher, die zwar überwiegend auf den Kreis der Gebildeten beschränkt blieb, dort aber für eine bisher ungekannte Verbreitung von Druckerzeugnissen sorgte. In Abgrenzung gegen die französische Kultur und Sprache, mit der sich eine implizite Kritik am französisch orientierten Adel verband, trieben die Gebildeten seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Vereinheitlichung und Aufwertung der deutschen Sprache voran. Damit setzte jene Phase der Entstehung einer „deutschen Nationalliteratur“ ein, die bis in die 1830er Jahre anhielt.

Im Kontext der österreichischen Erbfolgekriege wurde erneut der Arminius-Mythos aufgegriffen.¹⁶ Verbunden mit der Stilisierung einer homogenen Abstammungsgemeinschaft übertrugen die Dichter das römische Feindbild nun auf die Franzosen. In klarer Scheidung von Freund und Feind traten die „Gallier“ als „Deutschlands Unterdrücker“ auf. Erstmals wurden auch die Geschlechterrollen in einer für den deutschen Nationalismus zukunftsweisenden Form ausgestaltet: Neben den männlichen Kriegshelden trat die „Mutter der Nation“, die ihre Kinder in den Krieg schickt, in Abwesenheit der Kämpfer eine neue Generation von Vaterlandskriegern aufzieht und den heimkehrenden männlichen Helden umhegt.¹⁷ Gleichzeitig wurden männliche und weibliche Geschlechterstereotype zur Kennzeichnung des deutsch-französischen

Gegensatzes benutzt. Der positiven Stilisierung des Deutschen als das Kriegerisch-Männliche stand die Abwertung und Sexualisierung des Französischen als Weiblich-Fremdes gegenüber. Der Geschlechtergegensatz des anbrechenden bürgerlichen Zeitalters begann auch die Auseinandersetzung mit dem „Fremden“ zu prägen.¹⁸

In den Arminius-Dramen kündigte sich zugleich ein Strukturprinzip an, das für den „modernen“ Nationalismus konstitutiv war und ihn grundlegend von älteren Formen des nationalen Bewusstseins unterschied: die Koppelung von Tod und Vaterlandsliebe, die ultimative Aufforderung an jeden Mann, sein Leben auf dem „Altar“ des Vaterlandes zu lassen. Im politischen Wertesystem des modernen Nationalismus ging damit die Gleichheit im Tode der politischen Egalität voran. Erst die willige Inkaufnahme der eigenen physischen Vernichtung begründete ein Anrecht auf Aufgehobensein in der nationalen Gemeinschaft, aus dem infolge der partizipativen Impulse der Patriotismuskritik das Recht auf Mitgestaltung abgeleitet wurde. Aus dem Martyrium in der Nachfolge Christi wurde der Opfertod fürs Vaterland, mit dem man(n) sich zwar keinen Platz im Himmel, wohl aber die Aufnahme in das Pantheon der Nation erwerben konnte. Religiöse Erlösungshoffnungen und Ewigkeitsphantasien wurden auf das „politische Kollektiv“ übertragen.¹⁹

Standen publizistische Aufrufe zum „Tod für das Vaterland“ noch im Kontext des Siebenjährigen Krieges zwischen Österreich und Preußen, entthob die Mitte der 1760er Jahre einsetzende Debatte um deutschen „Nationalgeist“, „Nationalstolz“ und die „Vaterlandsliebe“ den Vaterlandsdiskurs erstmals dem Dunstkreis der Kriegspropaganda. Nachdem die Kriegsjahre die Konkurrenz ganz unterschiedlicher „Vaterländer“ offenbart hatten, begann nun die theoretische Auseinandersetzung der Gelehrten um ein präziseres Verständnis der Begriffe „Vaterland“, „Patriotismus“ und „Nation“. Intensiv wurde über die Verfassung des Alten Reiches debattiert, und es wurden Verbesserungsvorschläge eingebracht – ein deutlich partizipatorisches Element.²⁰ Lange vor der Französi-

16 Vgl. H.-M. Blitz (Anm. 4), S. 91–144.

17 Vgl. Hans Peter Hermann, Arminius und die Erfindung der Männlichkeit im 18. Jahrhundert, in: ders./Hans-Martin Blitz/Susanna Moßmann, Machtphantasie Deutschland. Nationalismus, Männlichkeit und Fremdenhaß im Vaterlandsdiskurs deutscher Schriftsteller des 18. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1996, S. 160–191.

18 Vgl. zum nationalen Strukturmuster der Abwertung durch Effeminierung Ute Planert, Vater Staat und Mutter Germania: Zur Politisierung des weiblichen Geschlechts im 19. und 20. Jahrhundert, in: dies. (Hrsg.), Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt/M.–New York 2000, S. 15–65.

19 Vgl. Peter Berghoff, Der Tod des politischen Kollektivs. Politische Religion und das Sterben und Töten für Volk, Nation und Rasse, Berlin 1997.

20 Vgl. Wolfgang Burgdorf, Reichskonstitution und Reform. Verfassungsreformprojekte für das Heilige Römische

sehen Revolution ging es in den Diskussionen über die erlaubte Form des Nationalstolzes, die beste Regierungsform und die Frage, ob und wie sich ein gemeinsames Vaterland realisieren lasse, um nichts weniger als um das Konzept einer deutschen Nation und die Möglichkeit seiner Realisierung. Erstmals traten solche Vorstellungen nicht mehr nur im Gewand der Dichtung auf, sondern in Form des politischen Manifests. Die Debatte um die nationale Identität fand mithin nicht nur in der Ära der Kultur, sondern auch auf dem Feld der Politik statt.

Nur wenig später hatte das „Deutsche“ Konjunktur. Dichter und Publizisten gründeten seit den 1770er Jahren „deutsche“ Zeitschriften, schlossen sich zu Bündeln zusammen und träumten von der „Gelehrtenrepublik“ – einer Nation, gebildet aus der Gemeinschaft des lesenden Publikums. Sie imaginierten sich als Nationalerzieher, nobilitierten den Volksbegriff und banden die Deutschsprechenden an eine unentrinnbare Sprach- und Kulturgemeinschaft mit gemeinsamem „Nationalcharakter“.²¹ Damit formulierten sie die Grundlage einer vorgestellten nationalen Identität. Es war der Versuch, die „Staatsnation aus den Elementen der Kulturnation (. . .) zu bilden“²².

In den Frauenzeitschriften der Spätaufklärung schaltete sich auch die gebildete Weiblichkeit in die Debatte ein. Gegenüber den Vorurteilen ihrer männlichen Kollegen forderten die Publizistinnen die Beteiligung von Frauen an der nationalpatriotischen Bewegung und entwickelten gleichzeitig ein als „deutsch“ apostrophiertes Weiblichkeitsideal, das sich in scharfer Abgrenzung gegen Frankreich um die bürgerlichen Tugenden der Mäßigung, Ernsthaftigkeit und Innerlichkeit zentrierte. Nationalcharakter und Geschlechtscharakter gingen eine enge Verbindung ein.²³

Am Ende des 18. Jahrhunderts waren bereits alle Faktoren vorhanden, die in der neueren Forschung als konstitutiv für den modernen Nationalismus angesehen werden: die Vorstellung einer spezifischen Identität aller Deutschen als Abstammungsgemeinschaft mit gemeinsamer Kultur und Spra-

Reich Deutscher Nation im politischen Schrifttum von 1648 bis 1806, Mainz 1998.

21 Jörg Echternkamp, *Der Aufstieg des deutschen Nationalismus*, Frankfurt/M. – New York 1998.

22 Wolfgang Frühwald, *Die Idee kultureller Nationsbildung und die Entstehung der Literatursprache in Deutschland*, in: Otto Dann (Hrsg.), *Nationalismus in vorindustrieller Zeit*, München 1986, S. 129–142, hier S. 131.

23 Vgl. Ulrike Weckel, *Zwischen Häuslichkeit und Öffentlichkeit. Die ersten deutschen Frauenzeitschriften im späten 18. Jahrhundert und ihr Publikum*, Tübingen 1998.

che, einem geteilten – auf bürgerlich-geschlechtsspezifischen Tugenden beruhenden – Wertesystem und einer gemeinsamen Geschichte, die in Mythen beschworen werden konnte; die Entwicklung dieser nationalen Identität in kriegerischer wie kultureller Abgrenzung zu anderen Sozialkollektiven, insbesondere gegenüber dem als hegemonial betrachteten Frankreich; der Versuch der Übertragung emotionaler Bindungen auf das Kollektiv; die Sakralisierung des „Vaterlands“ als oberste Legitimationsinstanz einschließlich der Forderung, das eigene Leben dafür zu opfern; eine geschlechtsspezifische Formulierung der Loyalitätspflicht gegenüber der Nation; die Existenz einer sozialen Trägergruppe, die solche Vorstellungen nicht nur artikulierte, sondern auch über die kommunikative Infrastruktur zur Herstellung eines nationalen Diskurses verfügte; die Diskussion über die politische Ausgestaltung eines Gemeinwesens, das die Herrschergewalt des Fürsten einschränken und an gesetzförmige Regelungen binden sollte; die Erprobung der Wirkung politischer Propaganda im Krieg, in der nationale Feindbilder an die Seite und zunehmend auch an die Stelle konfessioneller Mobilisierung traten. All diesen Faktoren standen neben den Beschränkungen des bürgerlichen Elitediskurses nur noch zwei wesentliche Hindernisse entgegen: der mit konfessionellen Spannungen verknüpfte preußisch-österreichische Dualismus und die Schwierigkeiten, die von der Traditionsform des Reiches mit unzähligen souveränen Fürsten ausgingen.

Um Bewegung in die dynastischen Eigeninteressen zu bringen, bedurfte es eines gemeinsamen äußeren Feindes, der in Gestalt der Französischen Revolution und der napoleonischen Expansion erstand. Bis die beiden deutschen Großmächte dauerhaft zu einer gemeinsamen Politik fanden, sollten nach Beginn der französischen Expansion allerdings noch zwanzig Jahre vergehen. In der Zwischenzeit zielten patriotische Hoffnungen nicht ausschließlich auf die geeinte Nation, sondern konnten sich auch – solange es noch bestand – auf das Reich unter habsburgischer Führung und später auf den Rheinbund richten.²⁴ Erst der Niedergang Preußens und die große Koalition gegen Napoleon 1813 brachten eine breite Flut nationaler Lieder, Gedichte und Karikaturen hervor. Ein großer Teil davon stammte allerdings von preußischen Publizisten, die „deutsch“ und „preußisch“ oft bis zur Unkenntlichkeit miteinander verquickten. Auch die protestantische Religion

24 Vgl. Gerhard Schuck, *Rheinbundpatriotismus und politische Öffentlichkeit zwischen Aufklärung und Frühliberalismus*, Stuttgart 1994.

spielte wieder eine große Rolle. Die Lyrik der Befreiungskriege stattete die preußisch-deutsche Nation mit jener transzendenten Macht aus, die bisher nur der Religion vorbehalten war.²⁵ Religiöse Formen wurden aufgegriffen und – etwa in Ernst Moritz Arndts Kriegskatechismus und seiner Rede von der „Religion des Vaterlandes“ – mit einer neuen Mischung aus sakralen und profanen Inhalten gefüllt. Entsprechend hielten protestantische Pfarrer Kriegspredigten, und Dichter wie Theodor Körner oder Achim von Arnim sprachen vom „Kreuzzug“ und beschworen den „heiligen Krieg“ gegen Napoleon.

Allerdings wäre es unzulässig, vom Bemühen um die Popularisierung dieser Vorstellungen schon gleich auf deren Erfolg zu schließen. Wenn in Preußen Freiwillige ins Militär eintraten und die Daheimgebliebenen ihr Scherflein auf dem „Altar des Vaterlandes“ niederlegten, richteten sich diese Aktivitäten auf den preußischen Einzelstaat und nicht auf die deutsche Nation. Der nationale Impetus der Bildungseliten ging an der breiten Bevölkerung auch 1813 noch vielfach vorbei. Auch wenn die meisten Menschen am Ende einer mehr als zwanzigjährigen Kriegs- und Krisenzeit den Frieden und damit den Sturz der napoleonischen Herrschaft herbeisehnten, war ihre Loyalität immer noch weniger auf eine gemeinsame deutsche Nation als auf ihre Heimatregion gerichtet. Immerhin existierte jetzt ein gemeinsamer äußerer Feind, der die Abgrenzung zwischen „In-“ und „Out-group“ erleichterte. Die Gedichte, die zum Hass gegen Frankreich aufriefen, waren Legion, und nicht umsonst wurde nun die alte Erbfeind-Terminologie auf Frankreich angewandt, um damit das Echo der Türkenkriege zu evozieren.²⁶

Krieg, Partizipation und Ausgrenzung

Führt man sich die Geschichte des deutschen Nationalismus von den Anfängen bis zur Ausformulierung des nationalen Paradigmas in der „Satelzeit“ um 1800 vor Augen, so zeigen sich drei Prämissen, über die auch in der Forschung Einigkeit besteht.

Zum einen scheint sicher, dass es sein Gleichheits- und Partizipationsversprechen war, das dem Natio-

25 Vgl. Ernst Weber, *Lyrik der Befreiungskriege (1812–1815)*, Stuttgart 1991.

26 Vgl. Michael Jeismann, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992.

nalismus in Deutschland wie anderswo zu seinem einzigartigen Aufstieg verhalf. Zum zweiten erfuhren nationale Vorstellungen in Kriegszeiten die größte Verbreitung. Drittens ging der Anspruch auf Mitwirkung im Innern mit der Abgrenzung gegenüber allen einher, die nicht der nationalen Gemeinschaft zugerechnet wurden. Ausgrenzung fungierte als Bestandteil der Selbstkonstitution. Diese Grenzziehung implizierte in aller Regel Aggressivität – entweder gegenüber einem äußeren Gegner oder gegen einen hypostasierten „Feind“ im Innern.

Welche dieser ambivalenten Tendenzen zwischen „Partizipation und Aggression“²⁷ stärker in den Vordergrund trat, konnte je nach spezifischer Konstellation ganz verschieden ausfallen. Der nationale „Völkerfrühling“ des Vormärz war ungleich stärker von liberaldemokratischen Vorstellungen getragen als der expansive Nationalismus des Kaiserreichs – aber auch er gelangte in den nationalen Widersprüchen der Revolution von 1848/49 und den kriegerischen Ereignissen um Schleswig-Holstein schnell an seine Grenzen. Wie sich der Anspruch auf politische Partizipation im Innern mit Aggression nach außen verband, soll abschließend am Beispiel der nationalen Frauenbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert gezeigt werden.²⁸

Frauen und Nation

Anknüpfend an die literarische Diskussion um weibliche Handlungsformen zum Wohl des Vaterlands in den Frauenzeitschriften der Spätaufklärung formierten sich in den antinapoleonischen Kriegen vor allem in Preußen und im Rheinland Frauenvereine, die sich durch ihre nationalpolitische Ausrichtung von früheren weiblichen Organisationsversuchen unterschieden.²⁹ Ihre Aktionen –

27 Vgl. Dieter Langewiesche, *Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: Zwischen Partizipation und Aggression*, Bonn 1994.

28 Die komplexe Politisierung des weiblichen Geschlechts durch Nationalismus kann hier nur ganz knapp dargestellt werden. Vgl. dazu ausführlich U. Planert (Hrsg.) (Anm. 18); dies., *Zwischen Partizipation und Restriktion: Frauenemanzipation und nationales Paradigma von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*, in: D. Langewiesche/G. Schmidt (Anm. 1), S. 387–428.

29 Vgl. Dirk Reder, *Frauenbewegung und Nation. Patriotische Frauenvereine in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert (1813–1830)*, Köln 1998; Karen Hagemann, „Männlicher Muth und teutsche Ehre“. *Nation, Krieg und Geschlecht in der Zeit der antinapoleonischen Kriege Preußens*, Paderborn 2002.

Krankenversorgung, Spendensammeln, Fahnenstickern und die Herstellung von Verbandsmaterial – waren politisches Bekenntnis und symbolische Kampfbeteiligung zugleich. Auch im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts griffen Frauen immer wieder auf diese Aktionsformen zur Demonstration ihrer Gesinnung zurück.³⁰

Gleichzeitig diente die Legitimationskraft der Nation aber auch dazu, im Namen der Nation die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der politischen Diskussion einzufordern. Wie ihre Vorgängerinnen in der Spätaufklärung hatte Rahel Varnhagen 1807 das als „heilig“ postulierte Recht jeden Volkes auf politisch-nationale Selbstbestimmung zur Rechtfertigung des öffentlichen Auftretens von Frauen genutzt.³¹ Ganz ähnlich definierte Louise Otto, die große Pionierin der deutschen Frauenbewegung, 1843 in einer Kontroverse um die „Theilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben“ Politik als angewandte Vaterlandsliebe und erklärte sie damit zum Bestandteil des weiblichen Wirkungskreises.³² Entsprechend fand die Revolution von 1848/49 Frauen auf den Barrikaden, in Volksvereinen, bei Revolutionsfesten und als Publikum politischer Reden und Verhandlungen.³³ Allerdings wohnten dem weiblichen Bekenntnis zur deutschen Nation auch hier ab- und ausgrenzende Momente inne. Wie 1813 gab es auch 1848/49 Aufrufe zum Boykott ausländischer Waren und eine gegen Frankreich zielende Debatte um eine genuin deutsche Mode. Gleichzeitig war die Zustimmung zum Ziel nationalstaatlicher Einheit und zur außenpolitischen Demonstration nationaler Stärke nicht nur unter der männlichen, sondern auch unter der weiblichen Bevölkerung weit verbreitet. Der Spendenaufruf zugunsten des Krieges in Schleswig-Holstein mobilisierte deutlich mehr Frauen als die Sammlungen demokratischer Unterstützungsvereine.³⁴

In den Jahren der Reichseinigung trug der „Allgemeine deutsche Frauenverein“ durch „vaterländische“ Vorträge und Lazarettendienst im Krieg zur inneren Nationsbildung bei. Analog zur männlichen Trias von Wehrpflicht, Wahlrecht und Patrio-

tismus leitete seine Gründerin Louise Otto von weiblichem Engagement und Opferbereitschaft fürs Vaterland das Recht auf politische Ebenbürtigkeit ab.³⁵ Auch wenn die Reichseinigung nicht die ersehnte politische Gleichberechtigung brachte, ließ die Fundamentalpolitisierung im Kaiserreich die bürgerlichen Frauen nicht unberührt. Seit 1894 fasste eine eigene Dachorganisation, der „Bund Deutscher Frauenvereine“, die immer zahlreicher werdenden Frauenorganisationen zusammen. Sein Führungsgremium vertrat eine parteipolitisch eher liberale, jedoch deutlich national ausgerichtete Politik. Entsprechend unterstützte der Bund die wilhelminische Aufrüstungspolitik und nahm imperialistische Frauenorganisationen in seine Reihen auf.³⁶ Gegen Ende des Jahrhunderts formierten sich im Zusammenhang mit dem zunehmenden Populismus der Nationalbewegung militaristisch und imperialistisch ausgerichtete Frauengruppen. Ihre Partizipationshoffnungen waren nicht auf demokratische Teilhabe gerichtet, sondern an den nationalistischen Machtstaat adressiert. Es ging ihnen um Teilhabe an der außenpolitischen Größe des Reiches, und ihr Nationalismus griff über den bestehenden Nationalstaat hinaus. Frauenpolitik begann sich von den emanzipativ-liberalen Inhalten, mit denen sie sich bislang stets verbunden hatte, abzulösen und erreichte gleichzeitig weitaus mehr Frauen als zuvor.³⁷

Im wilhelminischen Kaiserreich stilisierten die Verfechterinnen des Deutschtums in Flotten-, Kolonial- und Auslandsvereinen Frauen zu „Hüterinnen deutscher Art und Sitte“, die mit kultureller Hegemonie die imperialistische Macht der Männer in den eroberten Kolonien und deutschen Siedlungsgebieten absichern sollten. Politische Brisanz wuchs diesem Kulturimperialismus besonders an den Ostgrenzen des Kaiserreichs zu, wo die polnische Volksgruppe auf die ethnische Unterdrückungspolitik der Regierung mit Streiks zur Durchsetzung kultureller Selbstbestimmung reagierte. Völkische Frauen betrachteten sich unter Rückgriff auf das „germanische Weib“ als „Arbeits- und Kampfgenossin des Mannes“, dazu ausersehen, bei der „Pflege des deutsche(n) Sippen- und Rassenempfindens“ zu helfen. Allmählich kamen die Funktionäre der völkischen und

30 Vgl. ausführlich U. Planert, Vater Staat (Anm. 18).

31 Vgl. Rahel Varnhagen, Einige Worte über das Verhältnis der deutschen Frauen zu den jetzigen Weltbegebenheiten, in: Deutsche Blätter, 2 (1814), S. 313–315.

32 Vgl. Louise Ottos Zuschrift an die Sächsischen Vaterlandsblätter, 3 (1843), Nr. 159, vom 5. 10. 1843, S. 701.

33 Vgl. Carola Lipp (Hrsg.), Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und der Revolution 1848/49, Buhl-Moos 1986.

34 Vgl. dies., Liebe, Krieg und Revolution. Geschlechterbeziehungen und Nationalismus, in: ebd., S. 353–384.

35 Vgl. Ute Planert, Die Nation als „Reich der Freiheit“ für Staatsbürgerinnen: Louise Otto zwischen Vormärz und Reichsgründung, in: dies. (Hrsg.) (Anm. 18), S. 113–130.

36 Vgl. Barbara Greven-Aschoff, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933, Göttingen 1981.

37 Vgl. Roger Chickering, „Casting their Gaze More Broadly“. Women's Patriotic Activism in Imperial Germany, in: Past & Present, 118 (1988), S. 156–185.

nationalistischen Vereine nicht mehr umhin, bei aller öffentlichen „Die-Frau-gehört-ins-Haus“-Rhetorik dem Beitrag der Frauengruppen zur Verbreitung ihrer politischen Vorstellungen Tribut zu zollen. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs nahmen etliche dieser Organisationen Frauen als gleichberechtigte Mitglieder auf. Die chauvinistische Vaterlandspartei schließlich, 1917 gegründet, mochte von Anfang an nicht auf die Mitarbeit weiblicher Gleichgesinnter verzichten.³⁸

Wie wirksam das nationale Paradigma war, zeigte sich daran, dass es sich in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg selbst in Gruppen durchzusetzen begann, denen das Stigma des „inneren Reichsfeindes“ anhaftete: bei den Katholikinnen und unter den Anhängerinnen der Sozialdemokratie. Der katholische Frauenbund gedachte in Dankbarkeit der Reichsgründung, warb für Aufrüstung und arbeitete eng mit kolonialen Frauenvereinen zusammen. Im Ersten Weltkrieg schlossen sich dann auch sozialdemokratische Frauenvereine den

lokalen Organisationen des Nationalen Frauendienstes an und probten unter dem Druck außenpolitischer Ereignisse den Schulterchluss zum Wohl des Vaterlands.³⁹

Sozialistische, bürgerlich-gemäßigte und radikale Frauenrechtlerinnen arbeiteten im Ersten Weltkrieg erstmals Hand in Hand, und dass – anders als noch vor dem Krieg – im Frühjahr 1918 die deutschen Frauenvereine fast ausnahmslos die Wahlrechtsforderung unterstützten, lag in der Konsequenz eines Modells, das nationale Einsatzbereitschaft mit Mitbestimmung zu honorieren versprach. Indem Frauen Politik als angewandte Vaterlandsliebe definierten, legitimierten sie damit öffentliches Auftreten und politisches Engagement. Nationalismus fungierte so als Emanzipationsstrategie nach innen bei Abgrenzung nach außen. Früher oder später, so darf angenommen werden, wäre es daher auch ohne die Revolution von 1918/19 zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts gekommen.⁴⁰

38 Vgl. Ute Planert, Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998, S. 221–240, und die Beiträge in: dies. (Hrsg.) (Anm. 18).

39 Vgl. Barbara Guttman, Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914–1918, Weinheim 1989.

40 Vgl. Ute Planert, Antifeminismus im Kaiserreich: Indikator einer Gesellschaft in Bewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte, 38 (1998), S. 93–116.

Konrad H. Jarausch

Ph.D., geb. 1941; Professor und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam; Lurcy Professor of European Civilization, University of North Carolina, Chapel Hill/USA.

Anschrift: ZZF, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.
E-Mail: jarausch@zzf-pdm.de

Veröffentlichungen u. a.: The Rush to German Unity, Oxford–New York 1994; Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt/M. 1995; (Hrsg. zus. mit Martin Sabrow) Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999; (zus. mit Michael Geyer) Shattered Past: Reconstructing German Histories, Princeton, NJ 2003.

Ute Planert

Dr. phil. habil., geb. 1964; Hochschuldozentin an der Universität Tübingen, Fakultät für Philosophie und Geschichte.

Anschrift: Universität Tübingen, Fakultät für Philosophie und Geschichte, Abteilung für Neuere Geschichte, Wilhelmstraße 36, 72074 Tübingen.
E-Mail: ute.planert@uni-tuebingen.de

Veröffentlichungen u. a.: Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998; Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt/M.–New York 2000; Der Mythos vom Befreiungskrieg. Eine Erfahrungsgeschichte der Revolutions- und napoleonischen Kriege (erscheint vorauss. 2005).

Antje Helmerich

Dr. phil., geb. 1971; Habilitandin am Geschwister-Scholl-Institut (GSI) für Politische Wissenschaften, Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München.

Anschrift: GSI für Politische Wissenschaften, LMU München, Oettingenstraße 67, 80538 München.
E-Mail: helmerich.antje@t-online.de

Veröffentlichungen u. a.: Nationalismus und Autonomie. Die Krise im Baskenland 1975–1981, Stuttgart 2002; (Hrsg., zus. mit Ellen Bos) Neue Bedrohung Terrorismus. Der 11. September und die Folgen, Münster 2003.

Ulrich Schlie

Dr. phil., geb. 1965; Historiker und Publizist, Lehrbeauftragter im Studiengang Public Policy an der Universität Erfurt, Präsident des Kuratoriums Carl Jacob Burckhardt.

Anschrift: Blankenbergstraße 5, 12161 Berlin.
E-Mail: ulrich.schlie@web.de

Veröffentlichungen u. a.: Die Nation erinnert sich. Die Denkmäler der Deutschen, München 2002; (Hrsg. zus. mit Eckart Conze und Harald Seubert) Wissenschaft und Politik. Festschrift für Michael Stürmer zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2003; (Hrsg.) Ulrich von Hassell: Römische Tagebücher und Briefe (1932–1938), München 2004; Mit der schweren Last der Wahrheit: Carl Jacob Burckhardt. Eine Biographie (i. E., Berlin 2005).

Thilo Ramm

Dr. jur., geb. 1925; em. o. Professor für Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht; bis 1977 Ordinarius an der Universität Gießen und an der Fernuniversität Hagen.

Anschrift: Brahmsweg 11 A, 64287 Darmstadt.
E-Mail: thilo@proframm.de

Veröffentlichungen u. a.: Familienrecht. Verfassung, Geschichte, Reform, Tübingen 2000; Zum freiheitlichen sozialen Rechtsstaat, Frankfurt/M. 2001; Ferdinand Lassalle, Berlin 2004.

Nächste Ausgabe

Alexander Kraft/Günter Ulrich *Essay*
Vom Elend des Reformierens

Hans Jörg Hennecke
Regieren ohne inneren Kompass. Eine Zwischenbilanz der zweiten Regierung Schröder

Jürgen Dittberner
Die deutschen Parteien: Defizite und Reformideen

Elmar Wiesendahl
Parteien und die Politik der Zumutungen

Joachim Raschke
Rot-grüne Zwischenbilanz

Franz Walter
Zurück in das alte Bürgertum: CDU/CSU und FDP